Mittwoch, 18. November 2020, 13:00 Uhr
~19 Minuten Lesezeit

Geheime Nutznießer

Der Eifer, mit dem bestimmte Politiker den zweiten Lockdown vorantreiben, könnte auf persönliche pekuniäre Interessen hindeuten.

von Elias Davidsson
Foto: Pixel-Shot/Shutterstock.com

Ein Lockdown ist die Gesamtheit verschiedener Maßnahmen, die öffentliches Leben beschränken und die Bevölkerung weitgehend dazu zwingen, zuhause zu bleiben. Angesichts der schwerwiegenden

Negativfolgen für Demokratie, Wirtschaft und die psychosoziale Gesundheit von Millionen Menschen fragt sich: Warum spielen so viele Politiker weltweit dabei mit? Auffällig ist ja, dass das gesteigerte Interesse der Politik an der Gesundheit der Bevölkerung sehr plötzlich aufkeimte. Zuvor hatten Amtsträger eher an Maßnahmen mitgewirkt, die diese Gesundheit gefährdeten. Auch wären Lüge und Betrug innerhalb der politischen Kaste nichts völlig Neues in der Menschheitsgeschichte. Könnte es also sein, dass hinter dem Lockdown-Eifer der Regierenden noch weiter gehende Interessen stecken?

Die Frage, die hier erörtert werden soll, ist, ob Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung einen Lockdown aus Sorge um die Gesundheit der Menschen verhängen oder um persönlich davon zu profitieren. Für diese Fragestellung gibt es legitime Gründe.

Politische Entscheidungsträger verabschieden regelmäßig Maßnahmen zu Sachverhalten, die materielle Interessen von Privatpersonen und Unternehmen — positiv oder negativ — betreffen. Das ist auch ihre Aufgabe. Man kann davon ausgehen, dass sie und ihre Berater vor der Verabschiedung einer bestimmten Maßnahme die vorhersehbaren sozialen und wirtschaftlichen Folgen dieser Maßnahme prüfen und abwägen. Das privilegierte Wissen, das sie im Vorfeld der Verabschiedung einer Maßnahme erwerben, bietet ihnen manchmal die Gelegenheit, von dieser Entscheidung persönlich zu profitieren. In einigen Ländern, zum Beispiel in den USA, dürfen Amtsträger derartiges Insiderwissen nicht für eigene Interessen nutzen, was solches Verhalten allerdings

nicht verhindert, denn es gibt zahlreiche Methoden, das Verbot umzugehen.

Im März 2020 wurden weltweit Völker durch einen von Politikern verhängten Lockdown ihrer Freiheit und persönlichen Autonomie beraubt. Diese Maßnahmen wurden nicht von der Bevölkerung, der angeblichen Nutznießerin dieser Maßnahmen, gefordert oder gewünscht. Sie wurde nicht gefragt — auch nicht ihre Ärzte.

Ein wesentlicher Aspekt der angewandten Maßnahmen ist die systematische Isolierung der Menschen voneinander sowohl durch Beschränkung ihrer emotionalen Kommunikation durch Gesichtsmasken als auch physisch durch Abstandsgebote, Verbote von Versammlungen und Veranstaltungen sowie Ausgangsverbote. Die Bevölkerung wird damit gedrängt, ihr Leben vor Laptop oder Smartphone weiterzuführen, im digitalen Raum zu kommunizieren, zu lernen, zu arbeiten, sich zu amüsieren.

Als Begründung für diese in der Menschheitsgeschichte einmalige Situation gaben und geben Politiker ihre tiefe Sorge um die Gesundheit der Menschen an. — Soll man ihnen glauben?

Bevor man die konkrete gesundheitliche Begründung wissenschaftlich untersucht, sollten wir uns grundsätzlich fragen: Kann man Politikern überhaupt vertrauen? Sind sie der Wahrheit verpflichtet? Waren sie in der Vergangenheit ehrlich? Haben sie sich in der Vergangenheit um die Gesundheit der Bevölkerung gekümmert? Sind sie immun gegen Korruption? Haben sie sich jemals so eifrig für das Wohl der kleinen Leute eingesetzt, wie sie es jetzt im Gewand der Bekämpfung eines Virus vorgeben?

Haben Politiker plötzlich ihr Interesse für die Volksgesundheit entdeckt?

Laut *Statista* ist die Zahl der Kliniken und Krankenhäuser in Deutschland seit Jahren rückläufig. Waren es 1991 noch rund 2.400, zählt das Statistische Bundesamt aktuell noch 1.925 Kliniken. Die privaten Träger konnten dabei ihren Anteil von 21,7 Prozent im Jahr 2000 auf rund 37,5 Prozent der Häuser im Jahr 2018 ausbauen. Mit der Zahl der medizinischen Einrichtungen hat sich auch die Anzahl der Krankenhausbetten reduziert — 2018 zählte das Statistische Bundesamt rund 498.350. Damit hat sich die Anzahl von Krankenhausbetten, verglichen mit dem Jahr 1991, um rund ein Viertel verringert (1).

Politiker dulden und fördern auch die Rahmenbedingungen unseres globalen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Die globalen Finanzmärkte, die Staaten unter anderem durch die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds zu Privatisierungen des Gesundheitssektors nötigen oder bestechen, sowie die von westlichen Stiftungen finanzierten NGOs (2) sind nicht an einem gesunden Lebensstil der Menschen interessiert (3). Ihre Sponsoren, die großen Konzerne, bevorzugen eine Bevölkerung, die von Medikamenten, Impfstoffe und teueren medizinischen Eingriffen abhängig ist, sich motorisiert bewegt und viel Zucker zu sich nimmt. Ihr profitorientiertes Ziel ist, diese Abhängigkeit zu wahren. Diese zynische Ausbeutung von menschlichen Schwächen zeigt sich am sichtbarsten in den USA (4).

Während Politiker in Deutschland seit Jahren die allgemeine Gesundheitspflege herunterfuhren, um gleichzeitig für deutsche und ausländischen Investoren eine neue Profitquelle zu generieren, geben sich Politiker heute plötzlich als Schutzengel der Volksgesundheit aus. Dass sie bereit sind, ganze Bereiche der Wirtschaft für die Gesundheit der Bevölkerung zu opfern, ist schwer zu glauben.

Sind politische Entscheidungsträger der Wahrheit verpflichtet?

Politiker sind gesetzlich nicht der Wahrheit beziehungsweise der Wahrheitsfindung verpflichtet. Sie können täuschen und lügen, wenn es ihnen zweckmäßig erscheint, und werden dies tun, wenn sie sich auf die Komplizenschaft der Leitmedien verlassen können. Das bedeutet aber nicht, dass jede politische Aussage verlogen ist, sondern nur, dass Politiker mit der Wahrheit frei umgehen und der Öffentlichkeit Sachverhalte vorenthalten, wenn es für sie politische oder finanzielle Vorteile bringt. Der Rechtswissenschaftler Walter Leisner schreibt in seiner Abhandlung „Die Staatswahrheit“ dem Staat die Fähigkeit zu, die Wahrheit

„*in kleinen Wendungen immer wieder nahezu beliebig (zu) ändern, (zu) adaptieren, (zu) manipulieren. Vielfältige Räderwerke laufen hier ineinander, für jeden Bereich in Staat und Verwaltung, vor allem der Gesetzgebung, können andere Fiktionsräume eröffnet, unterschiedliche Realitäten als vorgegeben anerkannt oder abgelehnt werden. Eine einheitliche Kontrolle des Wahrheitsgehalts oder der Fiktionselemente ist ebenso wenig möglich wie eine solche über die Sichtbarkeit der Staatsäußerungen oder die Sachgerechtigkeit der Abwägung*“ (5).

Für den Autor beginnt der eigentliche Bereich der Politik „erst dort, wo die reine Tatsachenlage geklärt oder unproblematisch ist, wo über sie Konsens besteht“ (6). Die Herstellung eines politischen Konsens ist jedoch mit Propaganda möglich, einer Technik die PR-Firmen, Medien und Stiftungen meisterhaft beherrschen.

Staatswahrheiten kommen nicht durch eine wissenschaftliche Debatte unter Experten zustande, sondern manifestieren sich in der Form von Verordnungen, Gesetzen und Polizeiknüppel.

Sind alle Politiker Lügner?

Allgemein bekannt ist, dass Kriege durch Lügen vorbereitet und gerechtfertigt werden. Dem Ersten Golfkrieg im Jahr 1990 ging die bekannte Brutkastenlüge voraus (7). Diese Lüge trug dazu bei, in den USA und weltweit eine positive öffentliche Meinung gegenüber dem ersten amerikanischen Krieg gegen den Irak zu schaffen, in dem 100.000 irakische Soldaten getötet wurden, während die USA 148 Soldaten als Opfer zu beklagen hatte (8).

Dem Zweiten Irakkrieg der USA im Jahr 2003 ging ebenfalls eine Lüge voraus, diejenige, dass der Irak Massenvernichtungswaffen besessen habe (9).

Infolge dieses Angriffskrieges, der von „unseren Freunden“ begangen wurde, sind Hunderttausende Menschen ums Leben gekommen (9a). Die damals von Tony Blair geführte Regierung Großbritanniens beteiligte sich an der Verbreitung der Kriegslüge. Keiner der Lügner und Kriegstreiber wurde bis heute zur Rechenschaft gezogen. Im Gegenteil: Diese Verbrecher genießen immer noch ein hohes Ansehen, zumindest in den Kreisen, die uns die Corona-Maßnahmen und die digitale Diktatur schenken (10).

Eine weitere perfide Lüge, an der sich Regierungen — auch die deutsche — beteiligen, ist die, dass die Anschläge vom 11. September 2001 in den USA das Werk islamischer Terroristen gewesen seien. Die internationale Forschung hat diese Lüge längst entlarvt und ausführlich dokumentiert, unter anderem auch durch meine Beiträge (11). Auf der Grundlage dieser Lüge, die bis heute von Politikern verbreitet wird, führten die USA einen kriminellen Angriffskrieg gegen eines der ärmsten Länder der Welt, Afghanistan, das mit den Anschlägen vom 9/11 nichts zu tun hatte.

Es muss hinzugefügt werden, dass sich nicht nur Regierungen an

der Aufrechterhaltung dieser Lüge beteiligen, sondern die gesamte politische Klasse, die Medien und sogar Akademiker. Bürger, die versuchen diese Lüge bloßzulegen, werden systematisch diffamiert und müssen sogar mit dem Verlust ihrer Existenzgrundlage rechnen (12).

Eine weitere Folge dieser Lüge waren behördliche Maßnahmen gegen die Freiheit und die Menschenrechte, darunter systematische Überwachung der Bevölkerung, Legitimierung von Folter, internationale Entführungen, außergerichtliche Hinrichtungen von Verdächtigten und die Aushöhlung des Zivilstrafrechts durch die Einführung eines Gesinnungsrechts. Eine weitere, verwandte Lüge verwendet regelmäßig der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, wenn er behauptet, internationaler Terrorismus sei eine der „schwersten Bedrohungen des Weltfriedens".

Terrorismus ist zwar eine Straftat, aber gefährdet weder die Souveränität, die politische Unabhängigkeit, die Landesverteidigung, die Wirtschaft noch das soziale Gewebe irgendeines Staates, geschweige denn den Weltfrieden. In Europa zum Beispiel — mit einer Einwohnerzahl von mehr als 500 Millionen Menschen — starben zwischen 2001 und 2016 nach offiziellen Zahlen im jährlichen Durchschnitt 44 Menschen infolge terroristischer Anschläge (13).

Weder die Vereinten Nationen noch die Europäische Union trauen sich diese Zahlen zu verbreiten, da sie die Propaganda über die weltweite Terrorgefahr als Lüge enttarnen würden.

In Deutschland betreiben Regierung und staatliche Behörden eine systematische Verschleierung von dubiosen Ereignissen, die der Öffentlichkeit als islamistischer Terrorismus verkauft werden, darunter die unaufgeklärten Ereignisse auf dem Breitscheidplatz (Weihnachtsmarkt) in Berlin im Jahr 2016. Einem jungen Tunesier namens Anis Amri wird ein Anschlag mit zwölffachem Mord

zugeschrieben. In einer Nacht- und Nebelaktion wurde er außerhalb von Mailand vier Tage später erschossen. Eine Ermittlung dieser Tötung fand nicht statt. Der deutsche Staat wurde durch diese Tötung von der Bürde entlastet, seine Schuld nachzuweisen.

Der damals zuständige Innenminister Thomas de Maizière erklärte sich „erleichtert“, als er von dieser Hinrichtung erfuhr (13a). Beschuldigungen seitens hochrangiger Repräsentanten des Staates genügen offenbar, um eine Staatswahrheit durchzuboxen. Die politische Klasse weigert sich, das Ereignis zu untersuchen und verbreitet weiter die Legende, Anis Amri habe einen Anschlag verübt (14).

Weitere Vertuschungen seitens der deutschen Politik, durch Lügen begleitet, betreffen die Ermordung des ehemaligen Generalbundesanwalts Siegfried Buback (15) oder die Morde im Umfeld des NSU-Skandals (16), darunter die Tötung der Polizeibeamtin Michèle Kiesewetter (17).

Vertuschung, Verdunkelung und das Vorenthalten von brisanten Daten seitens der Politik, des Staates und der Verwaltung werden immer durch Täuschung und Lügen begleitet, gelegentlich durch Hinrichtungen.

Die Lügenpraxis von sogenannten demokratischen Staaten habe ich hier nur skizzenhaft angeführt. Man sollte allerdings davon ausgehen, dass Unwahrheiten und Unterlassungen zur täglichen Praxis der Politik gehören, denn Ehrlichkeit, Wahrheit und Transparenz sind für die effektive Machtausübung nur ein Hindernis.

Wenn man bedenkt, dass die politischen Entscheidungsträger die Öffentlichkeit regelmäßig täuschen, einschließlich der Vertuschung krimineller Operationen und der Rechtfertigung von Angriffskriegen, wäre es naiv anzunehmen, dass sich im Jahre 2020

plötzlich die gesamte weltweite politische Klasse der Wahrheit widmet und zum Wohl der Bevölkerung agiert.

Aus diesem Grund muss die Frage mit Nachdruck gestellt werden: Was hat Politiker und Amtsträger in der ganzen Welt *wirklich* dazu veranlasst, die beispiellosen Anti-Corona-Maßnahmen zu verhängen, welche die Freiheit von Milliarden von Menschen weltweit einschränkt, sie entmündigt, und die gleichzeitig eine massive wirtschaftliche Umwälzung beinhaltet?

Um diese Frage zu beantworten, sollten wir uns die *Langzeitfolgen* dieser Maßnahmen vor Auge führen, die durch Lockdowns entstehen. Durch diese sind Millionen von Menschen für ihren Konsum, ihre Arbeit, ihr Lernen und ihre Unterhaltung auf Internetdienste angewiesen. Lockdowns zersetzen große Teile des Wirtschaftslebens: Einzelhandel, Gastronomie, Tourismusindustrie, Fluggesellschaften (18) und die darstellenden Künste werden zerstört. Andere Firmen dagegen profitieren reichlich, insbesondere führende Internet-Dienstleister wie Amazon, Microsoft, Facebook, Alphabet (Google und YouTube) und Zoom (siehe unten stehende Tabelle).

Anstieg des Aktienwerts einiger führender IT-Unternehmen zwischen März und Oktober 2020

Konzern	Aktienwert 12.3.2020	Aktienwert 30.10.2020	% Anstieg
Amazon	$1676	$3036	81
Alphabet Inc.	1115	1621	45
Facebook	142	225	58
Netflix	315	475	51
Salesforce	141	232	64
Booking	1280	1622	27
eBay	33	49	48
Spotify	127	240	89
Zoom	110	460	318
Twitter	27	41	52
Avid Technology	6	9	50
Pinterest	13	59	353
Atlassian	125	208	66
Infosys	8	14	75
Microsoft	139	204	47
Tesla	112	388	246

> ***Zusammenstellung auf Grundlage der Kurswerte der einzelnen Aktien (Marktberichte auf markets.businessinsider.com (https://markets.businessinsider.com/stocks) im genannten Zeitraum).***

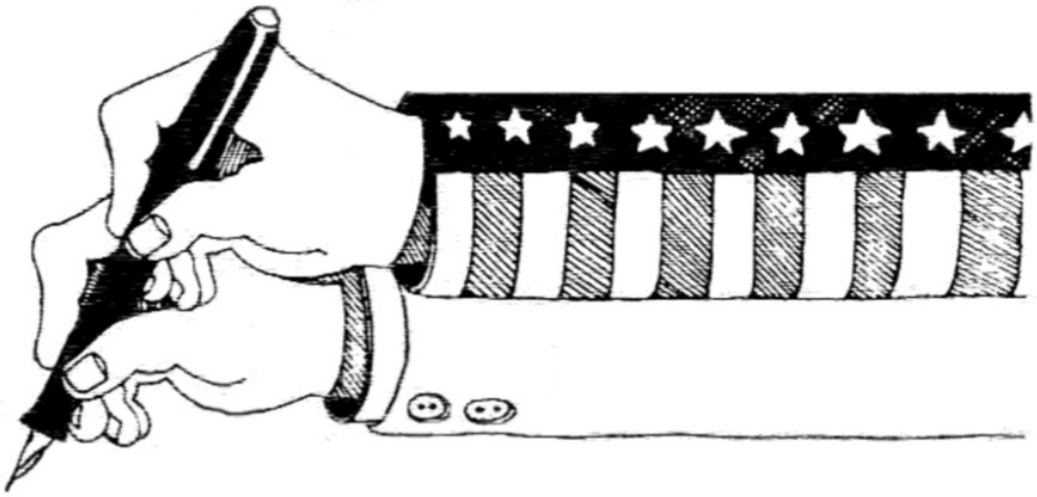
Auch die Pharmaindustrie profitiert reichlich von der Corona-Angst der Menschen. Durch die vorsätzliche Panikmache während der Schweinegrippe in 2010 — an der auch Starvirologe Prof. Christian Drosten teilnahm (19) — erzielte das Konzern GlaxoSmithKline (GSK) Renditen in Milliardenhöhe aus nutzlosen beziehungsweise schädlichen Impfdosen (20).

Politische Nutznießer sind die Behörden, die durch die Zwangsdigitalisierung alle Lebensbereiche der Bevölkerungen noch stärker in den Griff bekommen und damit jeden autonomen Versuch

der Menschen, sich politisch zu organisieren und zu emanzipieren, unmittelbar vereinnahmen, beeinflussen oder zerstören können.

Hinzu kommt, dass Investoren Tausende von bankrotten Firmen billig kaufen können (21), was die Monopolstellung großer Konzerne weiter stärkt. Diese wirtschaftlichen Entwicklungen waren für Entscheidungsträger der Anti-Corona-Maßnahmen vorhersehbar.

Der politische Entscheidungsprozess unserer sogenannten Demokratien geht vollständig an der Bevölkerung vorbei. In seinem Zentrum steht die Zusammenarbeit der weltgrößten Digitalkonzerne mit den Sicherheitsbehörden der Staaten. Dies ist eine moderne Form von Faschismus.



> ***Elias Davidsson, Í hvers þágu starfar Alþjóðagjaldeyrissjóðurinn? Kópavogur, 1979***

US-amerikanische Entscheidungsträger bereichern sich durch Lockdowns

Senatoren beider Parteien der USA wurden am 24. Januar 2020 vom

Direktor des Centers for Disease Control, Robert Redfield, und vom Direktor des National Institute of Allergies and Infectious Diseases, Anthony Fauci, über das Coronavirus informiert (22). Diese vertrauliche Anhörung organisierte der Gesundheitsausschuss des Senats, dem Senator Richard Burr angehört (23). Burr ist auch der Vorsitzende des Geheimdienstausschusses des Senats. Eine Meldung von *Reuters* von Ende Februar 2020 berichtete, dass der Ausschuss „tägliche“ Updates von Geheimdiensten erhalten habe, „die die Ausbreitung der Krankheit auf der ganzen Welt beobachten und die Reaktionen der Regierungen bewerten“ (24).

Am 25. Februar beschwerte sich bei einer Anhörung des offenen Haushaltsausschusses die demokratische Senatorin von New Hampshire Jeanne Shaheen beim Gesundheitsminister Alex Azar , dass ein Coronavirus-Briefing, das dieser den Senatoren zuvor an diesem Tag gegeben hatte, vertraulich gehalten sei (25). Azar antwortete, dass „der Vorsitzende Burr darum bat, dass dieses Briefing auf streng geheimer Ebene abgehalten wird“ (26).

Das *Forbes Magazine* — bekannt durch seine Liste der reichsten Personen der Welt — berichtete am 20. März 2020, dass eine Reihe von Senatoren, nachdem sie über das Coronavirus informiert wurden, ihre Aktienbestände von Firmen verkauften, deren Börsenwert wegen der Anti-Corona-Maßnahmen voraussichtlich abstürzen würde (27). Unter ihnen befanden sich Senator Richard Burr (North Carolina), Senator Kelly Loeffler (Georgia), Senator Diane Feinstein (California), Senator Jim Inhofe (Oklahoma), Representative Susan Davis (California) (28) und andere, darunter auch Mitarbeiter von Politikern (29). Diese Aktienverkäufe fanden statt, bevor die Anti-Corona-Maßnahmen der Öffentlichkeit verkündet wurden.

Senator Burr zum Beispiel verkaufte am 13. Februar 2020 Aktien in der Höhe zwischen 628.033 und 1.720.000 US-Dollar, darunter Aktien von zwei Hotelketten, dessen Börsenwert — wegen der

danach verkündeten Reisebeschränkungen — tatsächlich stürzte (30). Sechs Tage zuvor publizierte er zusammen mit einem weiteren Senator einen Beitrag bei *Fox News*, in dem es hieß:

„*Glücklicherweise sind die Vereinigten Staaten heute besser als je zuvor auf neu auftretende Bedrohungen der öffentlichen Gesundheit wie das Coronavirus vorbereitet, was zum großen Teil auf die Arbeit des Gesundheitsausschusses des Senats, des Kongresses und der Regierung Trump zurückzuführen ist*“ (31).

Dieser Beitrag, den man als Beitrag zur Beruhigung der Bevölkerung bewerten könnte, erweckte offenbar den Eindruck, dass von den Senatoren zunächst keine Corona-Maßnahmen geplant gewesen seien. Nur etwas später, am 27. Februar, soll Senator Burr einer Gruppe von reichen Wählern vertraulich erzählt haben, dass das Virus so ansteckend werden könnte wie die Grippe von 1918 und zu größeren Störungen des täglichen Lebens führen würde — einschließlich, so sagte er ausdrücklich, der Stornierung von Geschäftsreisen (32). Man kann sich gut vorstellen, welche Aktien seine reichen Wähler danach kauften beziehungsweise verkauften.

Die Senatorin Kelly Loeffler, die auch an der Anhörung vom 24. Januar 2020 teilnahm, entsorgte zwischen diesem Datum und dem 14. Februar eigene Aktien in einer Höhe zwischen 1,3 Millionen und 3,1 Millionen US-Dollar (33). Sie erwarb zudem in dieser Zeit Aktien der Software-Firma Oracle zwischen 100.000 und 250.000 US-Dollar bei Citrix, einem Unternehmen, das Software für Telefonkonferenzen produziert, die bei der Arbeit im Homeoffice gebraucht wird (34). Dass sie mit Jeffrey Sprecher, dem Vorsitzenden des New York Stock Exchange, verheiratet ist, hat ihr womöglich zusätzlich eine gute Einsicht in die Finanzmärkte geschafft (35).

Senatorin Diane Feinstein und ihr Mann verkauften zwischen 31. Januar und 18. Februar 2020 Aktien in Höhe von anderthalb bis

sechs Millionen US-Dollar.

Senator Jim Inhofe veräußerte am 27. Januar 2020, drei Tagen nach der vertraulichen Anhörung, Aktien im Wert von etwa 400.000 US-Dollar (36). Das sind die wenigen Storys, die an die Öffentlichkeit in den USA gelangten, wo solche Machenschaften gesetzlich verboten sind (37). Daher kann davon ausgegangen, dass sich auch in Europa zumindest ein Teil der politischen Entscheidungsträger durch Aktien(ver)käufe aufgrund des Vorauswissens der Corona-Maßnahmen bereichert hat.

Natürlich bestreiten die Verdächtigen, unehrlich agiert zu haben. So erklärte Senator Kelly Loeffler, sie selbst treffe keine Entscheidungen über Aktienkäufe oder Verkäufe, sondern nur ihr Finanzberater (38). Diane Feinstein sagte ihrerseits, ihre Aktien würden von einem „blind Fund“ betreut (39). Solche Schutzbehauptungen von politischen Lügnern (40) sollte man mit Vorsicht genießen. Laut *New York Times* ermitteln die US-Bundespolizei (FBI) und die Börsenaufsicht (SEC) wegen dieser Aktien(ver)käufe (41).

Auch wenn es noch nicht möglich ist festzustellen, welche Entscheidungsträger in Deutschland bei der Verhängung des Lockdowns aus Eigennutz handelt oder gehandelt hat, so ist dieser Verdacht berechtigt. Umso dringlicher wurde dieser in Oktober 2020, als bekannt wurde, wie die Aktienmärkte auf den Lockdown reagierten und der zweite weltweit verhängt wurde. Die direkte Beziehung zwischen Lockdowns und der Entwicklung der Aktienkurse ist bereits offenkundig und wird sogar in einigen Leitmedien thematisiert.

Politiker, die sich an dem zweifelhaften Verhalten beteiligen, werden dadurch erpressbar, denn es wäre eine persönliche Katastrophe für einen Amtsträger, wenn seine zweifelhaften Aktiengeschäfte in Bezug auf Corona bekannt würden. Die Angst

davor — aber auch die Gier nach mehr Rendite — mag erklären, warum Politiker mit unglaublichem Eifer den zweiten Lockdown durchsetzen wollen.

Fazit

Der hier geäußerte dringende Verdacht, dass sich manche Politiker und Amtsträger an den flächendeckenden Lockdowns persönlich bereichern, beruht auf folgenden Erkenntnissen:

1. Die politische Klasse in Deutschland hat seit 20 Jahren das allgemeine Gesundheitswesen vernachlässigt und dessen Privatisierung gefördert.
2. Politiker sind nicht der Wahrheit verpflichtet und lügen schamlos über Sachverhalte wie staatliche Mordaktionen und Kriege.
3. Die wirtschaftlichen Folgen der ersten Corona-Maßnahmen, insbesondere die Entwicklung der Aktienmärkte, waren politischen Entscheidungsträgern im Vorfeld vorhersehbar und boten ihnen damit eine Gelegenheit für persönliche Bereicherung.
4. Die Entwicklung der Aktienmärkte infolge der ersten Corona-Maßnahmen sind mittlerweile bekannt und bieten Entscheidungsträgern einen erheblichen persönlichen Anreiz für die Verhängung von weiteren Lockdowns.
5. Insider-Geschäfte in den USA im Bezug auf Corona wurden bekannt, obwohl solche Geschäfte für US-amerikanischen Politiker strafbar sind. In Deutschland müssen Politiker solche private Geschäfte nicht offenlegen. Der Anreiz, es zu tun, ist daher noch größer als in den USA.

Aus diesen Erkenntnissen können zwar keine Schlüsse für das Handeln von einzelnen politischen Entscheidungsträgern gezogen werden, da sie über ihre Aktienkäufe und Verkäufe keine Auskünfte geben. Dennoch ist der Verdacht begründet, dass zumindest für einen Teil der deutschen Entscheidungsträger die Gelegenheit der Selbstbereicherung ein Anreiz zur Verabschiedung der ersten

Corona-Maßnahmen war. Die vorhersehbaren Folgen der Maßnahmen waren einigen der Entscheidungsträger zweifellos bewusst.

Diese Schlussfolgerungen decken sich weitgehend mit den folgenden Zeilen des ehemaligen Bundestagsabgeordneten Wolfgang Wodarg:

„*In meiner bisherigen Arbeit als Arzt, als Abgeordneter und als ehrenamtlicher Antikorruptionskämpfer habe ich mit den großen Playern in der Agrarindustrie, der Energiewirtschaft, der privaten Rüstungs- und ‚Sicherheits'-Industrie, der Medienwelt und natürlich besonders der Arzneimittel- und Impfstoffbranche genügend Beispiele für groß angelegten Wissenschaftsbetrug, fingierte Katastrophen, gekaufte Analysen und Faktenchecker, heimliche Lobbystrategien, Psyoping, Astroturfing, professionelle Störer, Provokateure oder Shitstormer sammeln können*" (42).

Solange Politiker und andere Entscheidungsträger ihre Aktienkäufe und Verkäufe geheim halten, haftet dieser Verdacht an ihnen. Nur die volle und permanente Transparenz kann sie von diesem Verdacht befreien.

Quellen und Anmerkungen:

(1) Anzahl der Krankenhäuser in Deutschland in den Jahren 2000 bis 2018, Statista, 1. September 2020, **https://www.coronen.org/corona112.pdf** (https://www.coronen.org/corona112.pdf).
(2) Siehe zum B. James Pfeiffer und Rachel R. Chapman, „NGOs, Austerity and universal health coverage in Mozambique",

Globalization and Health 15, 2019, **https://www.coronen.org/** (https://www.coronen.org/) corona115.pdf.
(3) Weniger motorisierte Fahrzeuge zu benutzen, zu Fuß laufen, auf Videos und Medien verzichten, Zucker vermeiden, eigenständig denken: Davon können Investoren keinen Profit erzielen.
(4) Mary Gerisch, „Health Care as a Human Right", Human Rights Magazine, Vol. 43, Nummer 3, 2018,
https://www.coronen.org/corona116.pdf (https://www.coronen.org/corona116.pdf).
(5) Walter Leisner, Die Staatswahrheit, Duncker & Humblot, 1999, Seite 31.
(6) Ebenda, Seite 34.
(7) **https://de.wikipedia.org/wiki/Brutkastenlüge** (https://de.wikipedia.org/wiki/Brutkastenl%C3%BCge)
(8) Ramsey Clark, The Fire This Time: U.S. War Crimes in the Gulf, Thunder's Mouth Press, 1992.
(9) „Irak-Krieg: Am Anfang stand die Lüge", *Deutsche Welle*, 9. April 2018, **https://www.coronen.org/corona113.pdf** (https://www.coronen.org/corona113.pdf).
(9a) Zwischen 185.000 und 1,033.000, Quelle: Casualties of the Iraq War, Wikipedia.
(10) „I've Always Been an Optimist. But for the First Time Ever I'm Troubled About the Future", *Time Magazine*", 22. *Oktober* 2020,
https://www.coronen.org/corona114.pdf *(https://www.coronen.org/corona114.pdf)*.
(11) *Elias Davidsson: Hijacking America's Mind on 9/11, Algora Publishers*, 2013; *Psychologische Kriegsführung und gesellschaftliche Leugnung, Zambon Verlag*, 2017; *America's Betrayal Confirmed, Eigenverlag*, 2020.
(12) *Aufklärer von verdecktem Staatsterrorismus werden als Narren, Verschwörungstheoretiker oder Rechtsextremisten diffamiert, ohne Rücksicht auf die Fakten. Als Beispiel für diese Arroganz sei erwähnt, dass trotz großen Zuspruchs für meine Bücher, ist mir kein Versuch bekannt – und das weltweit – meine Befunde zu widerlegen geschweige meine Bücher zu kritisieren. Auch die akademische Zunft*

sieht sich nicht mehr der Wahrheitsfindung verpflichtet und lehnt aus ihrer Machtposition jegliche Debatte über bestimmten Sachverhalte. Siehe Elias Davidsson: Psychologische Kriegsführung und gesellschaftliche Leugnung, Seite 200 bis 203.

(13) *Elias Davidsson: Der gelbe Bus – Was geschah wirklich am Breitscheidplatz in Berlin?, Zambon Verlag, 2018, Seite 346 bis 353.*

(13a) „*Der Fall Anis Amri: Das sagen die Politiker*“, *Berliner Zeitung*, 23. *Dezember* 2016, **https://www.aldeilis.net/berlin/B328.pdf** (https://www.aldeilis.net/berlin/B328.pdf).

(14) *Elias Davidsson: Der gelbe Bus – Was geschah wirklich am Breitscheidplatz in Berlin?, Zambon Verlag, 2018.*

(15) *Michael Buback, Der zweite Tod meines Vaters, Droemer Verlag, 2008 und Der General muss weg, Osburg Verlag, 2019.*

(16) *Zum Beispiel: Wolf Wetzel, Der Rechtsstaat im Untergrund, Papyrossa Verlag, 2015 und Der NSU-VS-Komplex, Unrast Verlag, 2015.*

(17) *Zum Beispiel: „NSU und Geheimdienste im Polizistinnen-Mord an Kiesewetter verwickelt“, Internet-Zeitung (ohne Datum),* **https://www.coronen.org/corona114.pdf** (https://www.coronen.org/corona114.pdf))

(18) „*Corona wird für Airlines zum Albtraum*“, **ntv*, 16. März 2020, **https://www.coronen.org/corona101.pdf** (https://www.coronen.org/corona101.pdf).

(19) „Die Welle hat begonnen“, *Süddeutsche Zeitung*, 17. Mai 2010, **https://www.coronen.org/** (https://www.coronen.org/) corona118.pdf.

(20) „GlaxoSmithKline swine flu sales boost profits“, *The Guardian*, 28. April 2010, **https://www.coronen.org/corona119.pdf** (https://www.coronen.org/corona119.pdf).

(21) In den USA gingen 500 Konzerne („corporations“) im Jahre 2020 Konkurs. Laut Berichte von drei US-FederalReserveBanken könnten bis zu einer Million Kleinfirmen Konkurs erleiden; Quelle: „Record Number of Bankruptcies Coming“, Newsmax, 10. April 2020, **https://www.coronen.org/corona120.pdf** (https://www.coronen.org/corona120.pdf).

(22) Lachlan Markay et al, „Sen. Kelly Loeffler Dumped Millions in Stock After Coronavirus Briefing“, *Daily Beast*, 20. März 2020; **https://www.coronen.org/corona102.pdf** (https://www.coronen.org/corona102.pdf).
(23) „Senate Health Committee Announces Briefing to Update Senators on Coronavirus“, U.S. *Senate*, 23. Januar 2020, **https://www.coronen.org/corona109.pdf** (https://www.coronen.org/corona109.pdf).
(24) Mark Hosenball, „U.S. spy agencies monitor coronavirus spread, concerns about India“, *Reuters*, 27. Februar 2020, **https://www.coronen.org/corona108.pdf** (https://www.coronen.org/corona108.pdf).
(25) „Shaheen requests public briefing from HHS Secretary Azar on Coronavirus Threat", Website of Senator Shaheen, 25. Februar 2020, **https://www.coronen.org/corona105.pdf** (https://www.coronen.org/corona105.pdf).
(26) Ben Mathis-Lilley, „Republican Senators Sold Stock After Closed-Door Coronavirus Meetings in Apparent Insider Trading", *Slate News*, 20. März 2020, **https://www.coronen.org/** (https://www.coronen.org/) corona106.pdf.
(27) Jack Kelly, „Senators accused of Inside Trading, Dumping Stocks after Coronavirus Briefing“, *Forbes*, 20. März 2020, **https://www.coronen.org/corona107.pdf** (https://www.coronen.org/corona107.pdf).
(28) Maggie Severns and Katy O'Donnell, „House members, Senate aides traded stocks in early days of coronavirus“, *Politico*, 21. März 2020, **https://www.coronen.org/corona103.pdf** (https://www.coronen.org/corona103.pdf).
(29) Ebenda.
(30) Jack Kelly, „Senators Accused of Insider Trading, Dumping Stocks After Coronavirus Briefing“, *Forbes*, 20. März 2020, **https://www.coronen.org/corona107.pdf** (https://www.coronen.org/corona107.pdf).
(31) Sen. Lamar Alexander and Sen. Richard Burr, „Coronavirus prevention steps the U.S. is taking to protect you“, *Fox News*, 7.

Februar 2020, **https://www.coronen.org/corona104.pdf** (https://www.coronen.org/corona104.pdf).
(32) Jack Kelly, „Senators Accused of Insider Trading, Dumping Stocks After Coronavirus Briefing“, *Forbes*, 20. März 2020, **https://www.coronen.org/corona107.pdf** (https://www.coronen.org/corona107.pdf).
(33) Ebenda.
(34) Lachlan Markay et al, „Sen. Kelly Loeffler Dumped Millions in Stock After Coronavirus Briefing“, *Daily Beast*, 20. März 2020, **https://www.coronen.org/corona102.pdf** (https://www.coronen.org/corona102.pdf).
(35) Jack Kelly, „Senators Accused of Insider Trading, Dumping Stocks After Coronavirus Briefing“, *Forbes*, 20. März 2020, **https://www.coronen.org/corona107.pdf** (https://www.coronen.org/corona107.pdf).
(36) Ebenda.
(37) Stop Trading on Congressional Knowledge (STOCK) Act, Pub.L. 112–105, S. 2038,126 Stat. 291, *enacted*, 4. April 2012.
(38) Lachlan Markay et al, „Sen. Kelly Loeffler Dumped Millions in Stock After Coronavirus Briefing“, *Daily Beast*, 20. März 2020, **https://www.coronen.org/corona102.pdf** (https://www.coronen.org/corona102.pdf).
(39) Jack Kelly, „Senators Accused of Insider Trading, Dumping Stocks After Coronavirus Briefing“, *Forbes*, 20. März 2020, **https://www.coronen.org/corona107.pdf** (https://www.coronen.org/corona107.pdf).
(40) Mike Masnick, „Dianne Feinstein Plays the 9/11 Card for why the NSA should keep spying on every American“, Techdirt, 15. Oktober 2013, **https://www.coronen.org/corona110.pdf** (https://www.coronen.org/corona110.pdf).
(41) Nicolas Fandos, „Loeffler‘s Wealth Becomes a Risk as Rivals Charge She Profited on the Coronavirus“, *The New York Times*, 1. April 2020, **https://www.coronen.org/corona111.pdf** (https://www.coronen.org/corona111.pdf).
(42) Wolfgang Wodarg, „Die wahre Seuche“, *Rubikon*, 6. November

2020, **https://www.coronen.org/corona121.pdf** (https://www.coronen.org/corona121.pdf).

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.

Elias Davidsson wurde in Palästina als Sohn deutscher Eltern mit jüdischem Glauben geboren, die zur Zeit der Nazis aus Deutschland emigriert waren. Er studierte Klavier, Harmonie und Kontrapunkt in Haifa, später Klavier und Komposition in Köln, Freiburg und Basel, leitete eine Musikschule in Island und war auch als Kirchenmusiker tätig. Seit den 1990er Jahren befasst er sich mit Völkerrecht und verdecktem Staatsterrorismus. Zuletzt erschienen von ihm „Hijacking America‘s Mind on 9/11“, „The Betrayal of India: Revisiting 26/11“ und „Psychologische Kriegsführung und gesellschaftliche Leugnung“. Er ist am 7. April 2022 gestorben.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz** (**Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.